Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 6.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—, Auslandsversand: monatlich M. 18.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.25, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14001, 14003, 14004. — Postscheckkonto 726. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 202 — **Donnerstag, den 28. April** — **1921**

Amerikas Absichten

Die amerikanische Regierung hat bisher, wie es scheint, zu den deutschen Vorschlägen noch nicht endgültig Stellung genommen. Gleichwohl wissen italienische und französische Pressevertreter aus Washington schon allerlei über die mutmaßliche Haltung Amerikas zu berichten, wobei ein jeder das für wahrscheinlich hält, was er im Interesse seines eigenen Landes wünscht: der Italiener, daß Amerika der Besetzung des Ruhrgebiets widerspreche und sie zum mindesten aufgehoben wissen wolle; der Franzose, daß Amerika den Franzosen freie Hand lasse. Die Meldungen lauten:

Basel, 28. April. Nach einem Telegramm des „Corriere della Sera" aus Washington beabsichtigt das amerikanische Schatzamt, mit den Alliierten Verhandlungen über die Bezahlung der alliierten Schulden an Amerika anzuberaumen. Der erste Staat, der nach Washington eingeladen wird, ist England. Der dort festgelegte Weg soll auch bei den übrigen Alliierten eingeschlagen werden.

Die am Mittwoch aus Amerika eingegangenen Nachrichten deuten darauf hin, daß man Frankreich zu verstehen geben wird, daß eine Besetzung des Ruhrgebietes, solange nicht alles versucht worden ist, Amerika unangenehm sein würde. Nach der Meinung Lloyd Georges soll Frankreich damit rechnen, daß eine Entscheidung nicht vor dem 10. Mai getroffen werden könne, da die Wiedergutmachungskommission und die Sachverständigen erst gehört werden sollen.

* * *

Rom, 28. April. Havas verbreitet folgende „Temps"-Meldung aus Washington: Die Mitteilung Hughes an den britischen und französischen Botschafter bedeute in keiner Weise eine offizielle Verständigung und lasse den Alliierten vollkommene Freiheit, zu beurteilen, ob die deutschen Vorschläge eine annehmbare Grundlage zu Besprechungen darstellen oder nicht. Wenn die alliierten Regierungen der Ansicht sind, daß sie keine geeignete Grundlage darstellen, wird der Schritt Deutschlands keine weiteren Folgen haben. Die amerikanische Regierung bleibe den Mächten gegenüber loyal, die die Assoziierten der Vereinigten Staaten während des Krieges waren, und wünschen, sich in keiner Weise von ihnen zu trennen.

Der englische Botschafter bei Dr. Simons

Berlin, 28. April. Der englische Botschafter, Lord d'Abernon, hat am Mittwoch den Reichsminister Dr. Simons aufgesucht, der diesem erläuternde Erklärungen zu den deutschen Vorschlägen machte.

Beratungen in Paris und London

Paris, 28. April. Heute vormittag tritt unter Vorsitz des Präsidenten Millerand der Ministerrat zusammen.

Paris, 28. April. Briand wird am Freitag mittag nach London abreisen.

London, 28. April. Das britische Kabinett hielt Mittwoch vormittag eine Sitzung ab und man glaubt, daß das Kabinett über die deutschen Vorschläge beraten hat. Die Alliierten haben die Vereinigten Staaten noch nicht gebeten, die deutschen Vorschläge an sie zu übermitteln, weil ihre Vertreter in Washington ohnehin von ihrem Inhalt Kenntnis erhalten haben.

Washington, 28. April. Reuter. Bis Mittwoch 12 Uhr hatte die amerikanische Regierung noch keine einzige Erklärung über die Vermittlung von den Alliierten empfangen.

* * *

Paris, 28. April. In einer Havas-Meldung aus London heißt es: Die Besprechung zwischen den belgischen, französischen und englischen Vertretern wurde heute nachmittag fortgesetzt, während die englischen und französischen Sachverständigen ihre Arbeit weiterführen. Es wurde beschlossen, zwei englisch-französischen Unterkommissionen, die morgen vormittag zusammentreten werden, die Prüfung verschiedener Fragen zu überlassen, besonders der Kohlenfrage. Der Tag endete mit einer wichtigen Besprechung zwischen Loucheur und Jaspar.

Unrichtige Uebersetzung der deutschen Note

Rotterdam, 28. April. Von amerikanischer Seite erfährt „Nieuwe Rotterdamsche Courant", daß sich herausstellt, daß die Uebersetzung der deutschen Note in mehreren Beziehungen unrichtig ist, so daß man in Washington ein falsches Bild von der Lage erhalten mußte. Die Depesche an die amerikanische Regierung sei von dem amerikanischen Geschäftsträger Dienstag nacht 1 Uhr auf dem Berliner Hauptelegraphenamt aufgegeben worden und dort bis 10 Uhr morgens liegen geblieben, bevor sie weitergegeben wurde.

Die Wiedergutmachungsrechnung der Reparationskommission

Paris, 28. April. (Agence Havas.) Die Reparationskommission hat auf Grund des Art. 233 des Versailler Vertrages beschlossen, den Betrag der Schäden, für die Deutschland nach den Bestimmungen des Art. 232 und des Anhangs A zum Teil 8 des genannten Vertrages eine Reparation schuldet, auf 132 Milliarden Goldmark festzusetzen. Bei Festsetzung dieser Ziffer hat die Reparationskommission von der Summe der Schäden die Abzüge vorgenommen, die notwendig sind, um die in Ausführung des Art. 238 bereits geleisteten oder noch zu leistenden Rückerstattungen zu berücksichtigen; infolgedessen werden Deutschland diese Rückerstattungen nicht gut geschrieben. Die Reparationskommission hat in der oben genannten Ziffer die Summen nicht mit einbegriffen, die der Verpflichtung entsprechen, die Deutschland außerdem in Ausführung des 3. Absatzes des Art. 232 zu übernehmen hat, nämlich die Rückzahlung aller Summen durchzuführen, die Belgien bis zum 18. November 1918 bei den alliierten und assoziierten Regierungen geliehen hat, einschließlich 5 Proz. Zinsen jährlich für die erwähnten Summen.

Herr v. Oertzen, der in Abwesenheit des Staatssekretärs Bergmann an der Spitze der Kriegslastenkommission steht, wurde um 9 Uhr abends von der Reparationskommission, die in amtlicher Sitzung tagte, berufen. Der Vorsitzende brachte ihm im Namen der Kommission die obige Entscheidung zur Kenntnis. Diese mündliche Mitteilung wird der Kriegslastenkommission schriftlich bestätigt werden.

Keynes über die Besetzung des Ruhrgebiets

Haag, 28. April. Im „Manchester Guardian" bespricht Professor Keynes die gegenwärtige Situation. Er entwickelt zunächst die Ansicht, es könne Deutschland, rechtlich genommen, gar nicht vorgeworfen werden, daß es mit der Erfüllung seiner Wiedergutmachungspflicht absichtlich im Rückstande sei. Selbst die Leistung der Zahlung von 26 Milliarden Goldmark sei bisher in einer Form gefordert worden, daß sich keine Schuld Deutschlands an der Nichtleistung ergebe. Nur das Reichsbankgold könne Deutschland tatsächlich zahlen. Es sei daher anzunehmen, daß die an sich wahnsinnige Forderung, daß dieses Gold ausgeliefert werden müsse, nur gestellt worden sei, um einen Rechtsgrund für die Besetzung des Ruhrgebietes herbeizuführen. Ueber die Ruhrbesetzung selbst gibt Keynes folgendes Bild: Es handele sich um ein Gebiet wie das bei Liverpool und Manchester oder um Pittsburg, mit einer Bevölkerung von vier Millionen Menschen und überzogen von einem Netzwerk von Fabriken. Da die Bevölkerung unbewaffnet sei, so erwarte Frankreich mit 100 000 Mann in diesem Gebiet herrschen zu können und Deutschland, soweit es nicht Landwirtschaft treibt, auf den gegenwärtigen Zustand Oesterreichs herunterdrücken zu können. Solche zerstörende Maßnahmen können zwar nie eine Wiedergutmachung herbeiführen, wohl aber die Ausgaben decken und gewiß einem gehaßten und gefürchteten Nachbar bald den Hals brechen. Das Vorgehen Frankreichs sei ein Streichholz gehalten an das Pulverlager Europas. Terror und Verzweiflung könnten Deutschland vielleicht dazu bringen, in Bedingungen einzuwilligen, die es nicht durchführen kann und ihm neue Demütigungen vor sich und der Welt auferlegen.

Tirols Fahnenweihe

(Von unserem zur Tiroler Abstimmung entsandten Sonderberichterstatter.)

Innsbruck, Ende April.

Man könnte nicht ohne leise Uebertreibung davon sprechen, daß die Willenskundgebung des Tiroler Volkes, das nahezu einmütig den Wunsch nach dem Anschluß ans Deutsche Reich ausgesprochen hat, eine großartige politische Demonstration gewesen sei. Das war nicht das Bild des 24. April. Wohl wehten von allen Giebeln die schwarz-rot-goldenen Fahnen (nur selten schwarz-weiß-rot), wohl wimmelte es von Umzügen, Versammlungen und Ansprachen. Aber im Grunde war's doch eine „Kirchweih im großen", ein heiter lustiges Volksfest voll verhaltenen, verschüchterten Jubels. Das gab ein herzliches Wiedersehen von Verwandten und Freunden, ein frohes Händeschütteln zwischen Menschen, die sich seit Jahr und Tag nicht mehr gesehen hatten. Der „Anschluß" war die Parole geworden für den einzelnen, für die Familie, für das Volk.

Dabei waren die äußeren Umstände der Abstimmung keineswegs besonders günstig. In der Organisation der Werbearbeit, der Unterkunft, zu allen Veranstaltungen war man nicht ganz frei von der unbekümmerten Nonchalance des einstigen k. und k. Regimes. Aber es ging trotz alledem ganz gut, und über die „Schlamperei" hat man sich in Oesterreich nie besonders aufgeregt. Bewundernswert war jedenfalls, wie manches aus der Situation heraus rasch und entschlossen improvisiert wurde.

Die Sonne war den Tirolern hold. Nach einer abscheulichen Woche voll Regen und Schnee brachte der Sonntag ein prächtiges Himmelblau, in das die vom Neuschnee glitzernden Bergeszinnen hineinragten.

Mit angespannter Neugier, wie bei einer Wahlschlacht, wartete die Massenversammlung in der Stadthalle auf die Abstimmungsergebnisse. Der 24. April sollte durch Blut geweiht werden. Die Bluttat von Bozen riß die Freudenstimmung aus aller Herzen, und doch war dies der erschütterndste, erhebendste Augenblick. Tränendes Auges hörten Frauen und Männer die Schreckenskunde von ihren Brüdern in Südtirol, mit denen sie innerlich stets verbunden waren. Im Leid waren sie einiger vereint denn je, und die Herzen schlugen heißer und stürmischer der großen Mutter Deutschland entgegen. Wir fühlten: Der Schmerz hatte dies Bauernvolk geadelt, das schlicht und fröhlich ohne Pathos, ja der Bedeutung sich nur halb bewußt, den Anschluß wie ein frohes Fest zu feiern meinte, und mit einem Blitzstrahl plötzlich die bittere Not der Stunde, den Todesernst seiner Lage wiedererfaßte. Nicht daß ich das Elend der Tiroler verkleinern möchte — es ist unsagbar groß, keine Feder kann es zu beschreiben wagen. Es ist nicht bloß Innsbrucks verarmter Mittelstand. Auch der einstige Generalissimus Conrad von Hoetzendorf und manch kaiserlicher Hofrat befinden sich unter jenen, die ihr tägliches Mahl sich aus der Gemeinschaftsküche holen lassen müssen, weil sie die teuren Restaurationspreise nicht bezahlen können, ja ihr Einkommen nicht einmal für die Führung eines eigenen Haushaltes ausreicht. Aber an diesem Tage fühlten sie es nicht, sie glaubten alle Not vorbei. Plötzlich war sie wieder da: riesengroß, zermalmend, unerbittlich. Und still, in schweigender Trauer, ging die Versammlung auseinander. Auf der Straße aber ballten sich die Massen, und bis in die Nacht hinein dauerten die Kundgebungen der erregten Leidenschaft, mühsam vor Urbesonnenheiten bewahrt.

Der 24. April hat ein blutiges Mahl aufgerichtet. Wie jenes schwerfällige Bergvolk nur langsam lernt, vergißt es auch nicht schnell. Hoffen wir, daß die Flamme fortglühen möge bis der Tag der Befreiung für das unglückliche Land gekommen ist. Denn es wird wohl noch eine Weile dauern, bis das Land alle legalen Mittel erschöpft hat, bevor es nötigenfalls aus eigenem Entschluß seinen Willen in die Tat umsetzt. F. S.

*

Salzburg, 28. April. Im Landtage wurden gestern folgende Anträge einstimmig angenommen:

Der Landtag legt Verwahrung gegen den von dem französischen Gesandten in Wien unternommenen Schritt ein, der nicht imstande ist, die Bevölkerung in ihrem Anschlußgedanken wankend zu machen, die Volksabstimmung im Lande Salzburg am 29. Mai vorzunehmen, falls nicht durch die Bundesregierung ein früherer Termin für das ganze Reich festgesetzt wird. Die Volksabstimmungsfrage hat zu lauten: Wird der Anschluß an Deutschland gefordert?

Linz, 28. April. In der gestrigen Sitzung des Landtages brachten die Großdeutschen einen Antrag ein, in dem die Bundesregierung, der Nationalrat und der Bundesrat aufgefordert werden, das eingebrachte Gesetz zur Durchführung einer Volksabstimmung über den Anschluß der Republik Oesterreich an das Deutsche Reich zur Verabschiedung zu bringen, andernfalls würde die Volksabstimmung im Lande Oberösterreich selbständig vorgenommen werden. Für diesen Fall wird die oberösterreichische Regierung ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Der Antrag wurde unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen.

Voreilige Kritik

Die Pflicht des Staatsbürgers ist auch nach unserer Meinung nicht damit erschöpft, Steuern zu zahlen und den Mund zu halten. Sie besteht aber auch nicht darin, das volkswirtschaftliche Wissen und das politische Können des Zeitung lesenden und Zeitung schreibenden Bürgers in Gestalt kühn anmutender, in Wirklichkeit haltloser Phrasen den Regierungshandlungen ein für allemal entgegenzustellen. Vor allen Dingen aber nicht darin, Kritik um jeden Preis zu üben, weil die Kritisierten nicht zu den Parteifreunden gehören.

Wer von den 60 Millionen Staatsbürgern (die Unmündigen sind nicht allein unterhalb der Zwanzig-Jahr-Grenze zu finden) ist denn imstande, nachzuweisen, ob und weshalb das neue deutsche Angebot über unsere Kraft geht? Höchstens doch die paar Sachverständigen! Deren Legitimation aber ist umstritten, und dann sind sie sich auch nicht einig.

Nun sagt der Bürger (und er hätte recht, ließe man der primitiven Auffassung die Entscheidung in hochpolitischen und hochwirtschaftlichen Fragen): „Wenn eine Frage so wenig gelöst werden kann, dann ist es im Interesse des Volkes immer besser, jene Lösung als die beste anzusehen, die das Volk am wenigsten gefährdet, in diesem Falle also am wenigsten belastet!" Der Bürger darf so reden, aber die Zeitungen sollten nicht so schreiben, und die politischen Führer sollten nicht so argumentieren, denn von Zeitungen und Parlamentariern kann man erwarten, daß sie imstande sind, jene außerhalb unseres Volkes liegenden Kräfte richtig einzuschätzen, die bei der heutigen Lage der Dinge imstande und willens sind, die große Frage in einem für uns noch ungünstigeren Sinne zu lösen.

Wir haben den Weltkrieg verloren. Der Friedensvertrag, den wir unterschrieben haben, legt uns diese schweren Lasten auf. Der Friedensvertrag ist nach verschiedenen Wortbrüchen zustande gekommen und wirkte sich aus in verschiedenen Rechtsbrüchen. Der Friedensvertrag hat als Fundament ein von einem parteiischen Gericht formuliertes, auf keine Beweise gestütztes, von uns erpreßtes Schuldgeständnis. Unter Anerkennung der Empörung über alle diese Schandtaten: Hilft uns heute unsere Beteuerung, unschuldig zu sein, helfen uns unsere Beweise, hilft uns unsere Weigerung, die Lasten tragen wollen? Der Gegner, der hier Richter war, hat die Macht; der Zuschauer teilt seine Ansichten, hält uns für schuldig und, wenn wir uns sträuben, für böswillig. Das Urteil wird ausgeführt in seiner ganzen Brutalität. Wir leiden. Die Welt sagt: Zu Recht! Sollen wir da nicht lieber politisch sein und versuchen, das Urteil abzuschwächen? Zweifellos fahren wir noch besser dabei, als bei der Ueberschwemmung durch Krieg, Zwangsmaßnahmen, Revolution und Bolschewismus. Den Ehrenstandpunkt in Ehren. Aber Karthago ist untergegangen, weil es die Ehre über alles stellte; Preußen dagegen wurde nach sieben Jahren sogar gegen den großen Korsen frei. Und zum Freiwerden gehört durchaus nicht immer eine militärische Aktion. Man soll aus der Geschichte nicht bloß dies, sondern auch jenes lernen.

Es ist bedauerlich, daß solche Selbstverständlichkeiten immer wieder gesagt werden müssen. Das unpolitische Denken im Volke, die rasche Ablehnung der Regierungsvorschläge in weiten Bürgerkreisen und die Politik der vielen Zeitungen, die der öffentlichen Meinung nachläuft, zwingen leider Gottes dazu. Heißt es nicht, verantwortlich Politik zu treiben, wenn man der Gasse schmeichelt; so auch nicht, wenn man dem Stammtisch zu Gefallen redet.

Die neuen Vorschläge nun. Den 30 Milliarden von London, mit denen die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit sollte erreicht worden sein, stehen nach acht Wochen 50 Milliarden gegenüber. Das ist auf den ersten Blick beunruhigend. Aber wenn auch Gegenwartswert bleiben muß, was Gegenwartswert ist, so kann doch der geänderte Zahlungsmodus eine Art Gleichwertung herbeiführen. Die Zahl der Annuitäten wird größer werden; dadurch und durch den veränderten Zinsfuß verringert sich die Höhe der Annuitäten. Im übrigen soll die Höhe durch die Lage der deutschen Wirtschaft bestimmt werden. Bei einem Sinken dieser Lage würde sich auch die Jahresleistung verringern. (So selbstverständlich das ist, war es vielleicht doch überflüssig, es so stark zu betonen.) Der ganze Kompler der deutschen Gegenvorschläge komprimiert sich auf den 50 Milliarden-Gegenwartswert. Ebenso, wie dieser sich auf 200 Milliarden in Annuitäten ausdehnen läßt, ließe er sich auch auf 226 Milliarden strecken. Wäre das deutsche Volk politisch geschulter, hätte Simons es vielleicht wagen können, das Bild umgekehrt zu malen. So mußte er Rücksicht auf die Denkart im Lande nehmen. Von dem Gegenwartswert geht zunächst der Ertrag der internationalen Anleihe ab. Nur, was übrig bleibt, ist in Wiederaufbau-, Sachleistungen und in bar zu zahlen. Für die Anleihe wieder hätten wir deutsche Werte zu verpfänden: Zölle, Verkehrsmittel, Grundwerte. Dann noch eine sofortige Zahlung von einer Milliarde Goldmark zu leisten. Die bisher geleistete Wiedergutmachung ist natürlich anzurechnen; zwanzig Milliarden werden leider nicht herauskommen.

Es ist heute müßig, über die Reparationsnote und über die anderen Vorschläge sich zu unterhalten, weil wir noch nicht wissen, ob die Alliierten überhaupt gesonnen sind, sie zur Grundlage für Verhandlungen zu nehmen. Sie sollen in Amerika freundlich aufgenommen worden sein; das werde allerdings genügen, um den französischen Willen, eine Verständigung noch Möglichkeit zu hinterreiben, zunichte zu machen. Auf keinen Fall aber werden sie bleiben, wie wir sie gemacht haben. Erst, wenn wir wissen, was die Alliierten an Abänderungen verlangen, erst, wenn die Einzelvorschläge beraten werden, ist es Zeit zu einer detaillierten Kritik. Heute bliebe nur der Gegenwartswert von 50 Milliarden zu erörtern.

Wenn nun das Angebot der 50 Milliarden weit über das hinausgeht, was wir nach unserem Gefühl zu leisten imstande sind, so ist doch zu berücksichtigen, daß die Festsetzung mehr politischen, als technischen Erwägungen entsprang. Dr. Simons